

Freiheitlich-Konservativer Aufbruch Leverkusen e.V.

Eine Initiative von Mitgliedern der CDU Leverkusen und ihren Vereinigungen

Postfach 10 14 06
51314 Leverkusen
fka_leverkusen@web.de

Ansprechpartner:

Mirko Apostolovski

01573-8267498

Pressemitteilung: Das Klinikum darf nicht die niedergelassene onkologische Praxis verdrängen

Als Freiheitlich-Konservativer Aufbruch Leverkusen e.V. fordern wir die Parteien im Rat der Stadt Leverkusen dazu auf, das Klinikum im Fall der Onkologin Reddemann politisch „zurückzupfeifen“ und im aufzugeben, auf den Vollzug des Urteils des Landessozialgerichts Düsseldorf zu verzichten.

Das Urteil hat zur Konsequenz, dass Frau Dr. Reddemann ihre kassenärztliche Tätigkeit untersagt wird. Dies ist nicht nur ein großer Schaden für Frau Dr. Reddemann persönlich, sondern auch für ihre an Krebs erkrankten Patienten, denen gerade bei einer Krebserkrankung nicht zugemutet werden kann, künftig auf die Behandlung durch ihre bisherige/gewohnte Ärztin zu verzichten.

Das Klinikum ist zwar privatrechtlich organisiert, aber als solches Teil der öffentlichen Hand und damit einzig und alleine dem Wohl der Bevölkerung verpflichtet. Gerade in unserer aktuellen Zeit hat sich gezeigt, zu welchen Konsequenzen es führt, wenn Kapazitäten im Gesundheitswesen zurückgefahren werden.

Hinzu kommt, dass es nicht sein kann, dass das Klinikum als städtische Tochtergesellschaft die berufliche Existenz von privat niedergelassenen Ärztin zerstört. Dies verstößt nicht nur gegen das öffentliche Interesse an einer guten medizinischen Versorgung, sondern zerstört auch berufliche Existenzen, in diesem Fall von Frau Dr. Reddemann.

Sinn der Beschränkung bei der Vergabe eines sogenannten „Kassensitzes“ ist es, die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Das Klinikum als Teil der öffentlichen Hand könnte daher einspringen, wenn es ansonsten keine Versorgung der Leverkusener Bevölkerung auf dem Gebiet der Onkologie gäbe.

Sinn ist es jedoch nicht, niedergelassene freiberufliche Ärzte zu verdrängen. Hier missbraucht das Klinikum die rechtlichen Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Interessen. Über Hintergründe im Zusammenspiel mit Klinikum, Politik und Verwaltung kann allenfalls spekuliert werden. Offensichtlich jedoch ist die Geldgier des Klinikums so groß, dass das Klinikum und die Stadt als Eigentümer bewusst gegen die Interessen der Bevölkerung und der privat niedergelassenen Ärzteschaft handeln.B

Das Klinikum sollte sich wieder auf seine Aufgaben – nämlich die Gewährleistung einer klinischen Versorgung der Bevölkerung – konzentrieren und sich nicht als expansiver Unternehmer verstehen.

Mirko Apostolovski vom Freiheitlich-Konservativen Aufbruch Leverkusen, gleichzeitig Vorsitzender der Bürgerinitiative Alkenrath bestärkte die Leverkusener Ärzteschaft darin, in dieser Frage zusammenzuhalten und Frau Dr. Reddemann bei ihren Bemühungen, ihre Praxis weiterführen zu können, zu unterstützen. „Was hier ein Einzelfall ist, könne sich auch theoretisch in anderen Fällen wiederholen. Das Klinikum soll das Leverkusener Gesundheitswesen unterstützen und nicht aus Profitgier beschädigen.“, so Apostolovski.